



Claudia Heins ist in La Paz, Bolivien, für das Programm Politische Partizipation Indígena (PPI) der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.

INDIGENE BINNENMIGRATION IN BOLIVIEN

URSACHEN UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

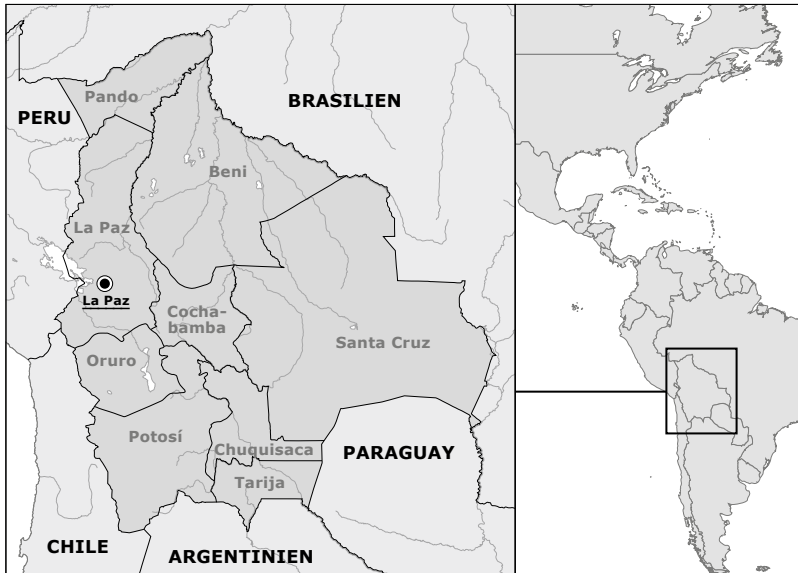
Claudia Heins

Seit der Einführung der Demokratie im Jahre 1982 wurde Bolivien von politischen Eliten regiert, für die eine Integration der indigenen Bevölkerung in die politischen und wirtschaftlichen Prozesse keine Priorität hatte. Auf der Suche nach Arbeit und sozialem Aufstieg sind die Indigenen viel stärker als die übrige Bevölkerung innerhalb des Landes auf Wanderschaft. Die indigene Binnenmigration hat das Land verändert und die Politik vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Historisch und auch aktuell hat die Binnenwanderung häufig Armut zur Folge – obwohl sich die Migranten doch gerade auf der Suche nach Wohlstand auf den Weg gemacht haben. Eine Studie der Beratungsstelle für die Bevölkerungsentwicklung (Consejo de Población para el Desarrollo, CODEPO)¹ in Bolivien aus dem Jahre 2002 zeigt, dass die Einwanderer überwiegend in den Vorstädten der Großstädte angesiedelt sind, wo es an Grundversorgung mangelt (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Wasser, Strom), Arbeitslosigkeit vorherrscht und sich soziale Probleme aufgrund der Armut (Kriminalität, Alkoholabhängigkeit, usw.) auf tun. Nach letzten Schätzungen der Wirtschaftskommission Lateinamerikas und der Karibik der Vereinten Nationen² steigt die Tendenz in Lateinamerika zu erhöhten Armutszuständen in den Städten aufgrund der Binnenwanderung von ländlichen Gegenden hin in die Städte. In Bolivien sind steigende Armutswerte besonders in Santa Cruz und in Cochabamba zu beobachten, genau in den Departements, wo die höchste Zuwanderungsquote zu verzeichnen ist. Departements wie Potosí und Chuquisaca weisen die ärmste Bevölkerung auf. Dies sind auch die Departements mit der höchsten Abwanderung.

1 | Vgl. CODEPO, *Migración interna – Estudios de los Movimientos Poblacionales en Bolivia*, (La Paz: CODEPO, 2002), 39 f.

2 | Vgl. ebd.

Abb. 1

Departements von Bolivien**GESCHICHTLICHE ASPEKTE**

Die indigene Bevölkerung in Bolivien hatte schon immer eine starke Binnenmigration zu verzeichnen, auch vor der Kolonisierung durch die Spanier.³ Schon vor 4.000 Jahren soll das Land von zahlreichen Kulturen bevölkert gewesen sein, die in Vergessenheit geraten sind. Von drei großen Zivilisationen gibt es Zeugnisse: Tiwanaku (die Aymara-Kultur), das Imperium der Inka (die Kultur der Quechua) und das Imperium der Mojo. Die Ansiedlung dieser Zivilisationen erfolgte durch interne Wanderungen.

Während der spanischen Kolonisierung versuchten die Indigenen, der Ausbeutung durch die Spanier zu entfliehen. Diese nutzten die indigenen Arbeitskräfte besonders im Bereich des Bergbaus (*mita*) und in der Landwirtschaft (*encomienda*). Unter beiden Systemen wurden viele indigene Völker teilweise versklavt. Hauptsächlich migrierten die Indigenen zu dieser Zeit in diejenigen Städte, die weniger von Spaniern bewohnt waren und wo die Nachfrage

3 | Vgl. durchlaufend Carlos Balderrama et al., *Rural migration in Bolivia: the impact of climate change, economic crisis and state policy*, (London: International Institute of Environment and Development, 2011), 6-10 und CODEPO, *Migración interna*, Fn. 1, 35-38.

nach Handwerkern und Hauspersonal sehr groß war. Diese Struktur markierte die sozialen Schichten in einer Weise, die zum Teil bis spät ins 20. Jahrhundert erhalten blieb: Die Spanier und ihre Nachkommen nahmen die Spitzenpositionen in der Gesellschaft ein, gefolgt von den Mestizen und schließlich den Indigenen, die ganz unten auf der sozialen Skala rangierten.

Die Entstehung einer unabhängigen Republik im Jahr 1825 verlieh dem Land zwar politische Unabhängigkeit, jedoch wurden die sozialen Strukturen der Kolonialzeit übernommen. Trotzdem waren Änderungen festzustellen.

Die Entstehung der unabhängigen Republik im Jahr 1825 verlieh dem Land zwar politische Unabhängigkeit, jedoch wurden die sozialen Strukturen der Kolonialzeit übernommen.

Zum Beispiel wurde die Zwangsarbeit in den Minen abgeschafft und ein Gehaltssystem nach kapitalistischem Modell eingeführt. Andererseits wurde das Feudalsystem der *encomienda* in der Landwirtschaft ausgebaut, und viele Indigene wurden von ihrem Landbesitz vertrieben. Die Minenindustrie boomte vor allem Ende des 19. Jahrhunderts, wobei die neuen Minen im Departement Potosí besonders viele Migranten anzogen, die sich als Bergarbeiter und Kaufleute Arbeit verschafften. Der Bergbau wurde zum wichtigsten Wirtschaftssektor dieser Zeit. Bergarbeiter zu sein oder aber auch in der Stadt zu arbeiten bedeutete, der Arbeiterklasse anzugehören, was – besonders für die indigene Bevölkerung – gleichzusetzen war mit sozialem Aufstieg.

Die bedeutendsten Änderungen in Bolivien ergaben sich im Jahre 1952 im Rahmen der so genannten Nationalen Revolution durch den Movimiento Nacionalista Revolucionario, die einen umfassenden Demokratisierungsprozess einleitete. Als wichtigste Eckpunkte dieser Revolution wurden das allgemeine Wahlrecht eingeführt, eine Agrarreform initiiert, die vor allem den Indigenen ihren Landbesitz wieder zurückgab, die Zinnminen nationalisiert, die unter drei „Zinnbaronen“ jahrelang ausgebeutet wurden, und allgemeiner und freier Zugang zu öffentlichen Schulen gewährt. Besonders die Agrarreform erwies sich als konfliktreich, denn wenn sie auch das auf die *encomienda* folgende *Hacienda*-System endgültig ausmerzte, um die Agrarindustrie und unabhängige Kleinbauern zu fördern, verstieß sie doch gegen die indigenen Traditionen der Bewirtschaftung ihrer Ländereien und führte nicht zu dem erwünschten Ergebnis.

Die Agrarreform hatte auch zum Ziel, Siedlungsprozesse anzustoßen. Mit einer Fläche von 2,4 Millionen km², die von nur zwei Millionen Einwohnern bewohnt war, ergriff der bolivianische Staat eine politisch motivierte Initiative namens „Marsch nach Osten“ (*Marcha hacia el Oriente*). Hauptziel war dabei die Förderung der Agrarindustrie und des Erdölsektors sowie die Sicherung der Grenzen zu Brasilien, Argentinien und Paraguay. Zu diesem Zweck wurde auch die Autobahn Cochabamba-Santa Cruz ausgebaut.

Die Agrarreform hatte auch zum Ziel, Siedlungsprozesse anzustoßen. Hauptziel der politisch motivierten Initiative „Marsch nach Osten“ war die Förderung der Agrar- und Erdölindustrie.

Anfänglich wenig erfolgreich versuchte man zwischen 1969 und 1992, politische Maßnahmen einzuleiten, um die Attraktivität vor allem des Tieflands im Norden von La Paz, Beni, Cochabamba, Tarija und Santa Cruz als Wohn- und Arbeitsorte zu steigern. Staatliche Programme motivierten die Bevölkerung der Andenregion und der Departements Potosí, Chuquisaca, La Paz und Oruro etwa durch die Bereitstellung von Grundstücken und Nahrungsmitteln, in den Osten abzuwandern. Diese Maßnahmen dauerten allerdings nur bis 1992 an, und die Ergebnisse waren für das staatliche Vorhaben nicht sehr befriedigend.

Weitere Auswirkungen der Nationalen Revolution waren die Wanderungsbewegungen in die Städte, weil weiterhin der Glaube bestand, dass man dort Arbeit finden und so in höhere gesellschaftliche Schichten aufsteigen würde. Aber auch die ländlichen Gebiete waren Ziel der Binnenwanderung vor allem der Indigenen, die jetzt die ehemaligen Landeigentümer ersetzen, um als Kleinunternehmer und Händler im Landwirtschaftssektor zu arbeiten.

Ein weiteres Ziel der Nationalen Revolution war die Industrialisierung des Landes. Dafür war es notwendig, die Migration zu fördern, um Arbeitskräfte für die Produktion zu gewinnen. Die Wanderungsbewegungen wurden zwar durch die erwähnten politischen Maßnahmen vor allem in die östlichen Regionen angestoßen, entwickelten sich jedoch eigenständig und hauptsächlich weiter in die drei Großstädte La Paz, Cochabamba und Santa Cruz. Dort entstand ein informeller Wirtschaftssektor, hervorgerufen insbesondere durch Armut und Arbeitslosigkeit der Migranten aus der indigenen Bevölkerung.

Weitere wichtige historische Ereignisse, welche die Binnenwanderung spürbar beeinflusst haben, ergaben sich im Zeitraum zwischen 1981 und 1990. Die extreme Dürre von 1983 bis 1985 vertrieb die ländliche Bevölkerung aus den Tälern und dem Hochland. Die Wirtschaftskrise von 1985 bis 1990 führte das Land in eine tiefe Depression. Minenarbeiter, die arbeitslos geworden waren, wurden umgesiedelt, hauptsächlich in den Chapare (Cochabamba), heutige Hauptregion für den Anbau von Kokablättern, und nach El Alto (La Paz), wo das Wachstum der indigenen Bevölkerung besonders deutlich ist.

1994 wurde ein Gesetz zur administrativen Dezentralisierung Boliviens verabschiedet. Es sorgte dafür, dass 61 Prozent des gesamten Staatsbudgets an die Kommunen übergeben wurden.

Um diesen Trends entgegenzuwirken, wurde 1994 das Gesetz der Bürgerbeteiligung (Ley de Participación Popular) verabschiedet, das die administrative Dezentralisierung und Kommunalisierung Boliviens vorsah. So

wollte man nicht nur Armutszustände bekämpfen, sondern auch interne Migrationsbewegungen ländlicher Gegenden in die Städte stoppen, die ja offensichtlich zu größerer Armut führten. Das besagte Gesetz sorgte dafür, dass 61 Prozent des Gesamtbudgets des Staates an die Kommunen übergeben wurde, anstatt wie vorher acht Prozent. Die Umsetzung erfolgte jedoch nicht zufriedenstellend, denn das Personal der Stadtverwaltungen wurde nicht ausreichend ausgebildet und oft wurde mit den Geldern eher das Stadtbild verbessert, anstatt die wichtigsten Grundversorgungen zu sichern.

Es sind also hauptsächlich drei Ereignisse der jüngeren Geschichte, welche die Binnenwanderung der Bolivianer und insbesondere der Indigenen geprägt haben: die Nationale Revolution von 1952, die Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren und das Gesetz der Bürgerbeteiligung von 1994. Während die ersten beiden Ereignisse die Binnenmigration angekurbelt haben, hat das Bürgerbeteiligungsgesetz genau das Gegenteil bewirken wollen, nämlich die internen Wanderungen einzudämmen. Früher stellte der Westen des Landes, der am meisten bevölkert war, wegen des Bergbaus das Wirtschaftszentrum Boliviens dar. Die historischen Geschehnisse haben dazu geführt, dass Departements wie Cochabamba und Santa Cruz, die früher die Bergbauzentren mit landwirtschaftlichen Produkten versorgten, nun selber zu Wirtschaftszentren aufstiegen.

Die wirtschaftliche Krise machte den Bergbau in Bolivien zunichte, was zu neuen Binnenwanderungen führte. Das erklärt die folgenden demographischen Daten zur Ein- und Auswanderungen: Da im Westen des Landes die Quechua- und Aymarakulturen überwiegen und die Bevölkerung dort am zahlreichsten ist, bedeutet dies, dass eben diese die indigenen Völker sind, die überwiegend migrieren. Auch wird klar, warum gerade der Osten das Ziel der Binnenmigration ist.

GRÜNDE DER BINNENWANDERUNG

Eine Studie⁴ des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel, des Instituts für sozialwirtschaftliche Forschung der Katholischen Bolivianischen Universität (IISEC) und des bolivianischen Internationalen Instituts für Wirtschaft und Unternehmen (IIDEE) hat die Gründe der Binnenwanderung anhand einer MECOVI-Studie⁵ in Bolivien aus dem Jahr 1999 näher erläutert. Hauptgründe für Binnenwanderungen sind danach die Familie sowie die Suche nach Arbeit und Bildung. Dahinter rangieren Versetzungen, gesundheitliche Gründe und die Suche nach bürgerlicher Sicherheit.

Die Human Settlement Group des Internationalen Instituts für Umwelt und Entwicklung (IIED)⁶ fand heraus, dass die Motive der Binnenwanderung vom Alter abhängig sind.

Erwachsene geben an, dass sie hauptsächlich wegen des geringen Landbesitzes und der daraus resultierenden mangelnden Produktion emigrieren.

So geben Erwachsene an, dass sie hauptsächlich wegen des geringen Landbesitzes und der daraus resultierenden mangelnden Produktion emigrieren. Auch werden Umweltprobleme angeführt, die in immer größerem Umfang der Landwirtschaft schaden, wie zum Beispiel Frost, Dürre, Hagel oder Überschwemmungen. Als Gründe wurden auch mangelnder Lebensunterhalt, Unterernährung und der Wunsch, ein „westlicheres“ Leben zu führen, angegeben. Die jüngere Bevölkerung führt fast die gleichen Gründe an, jedoch in einer anderen Reihenfolge. So steht das geringe

4 | Vgl. Lykke E. Andersen, *Rural-Urban Migration in Bolivia: Advantages and Disadvantages* (La Paz: IISEC, 2002), 8-11.

5 | Seit 1996 implementieren die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und CEPAL das Programm zur „Verbesserung von Umfragen und Messungen von Lebensverhältnissen in Lateinamerika und der Karibik“ (Programa al Mejoramiento de Encuestas y Mediciones de Condiciones de Vida, MECOVI).

6 | Vgl. Balderrama et al., *Rural migration in Bolivia*, Fn. 3, 24-25.

Viele junge Menschen arbeiten auf dem Landbesitz ihrer Eltern. Migration wird als eine Möglichkeit zur Unabhängigkeit gesehen.

Einkommen, um sich einen besseren Lebensunterhalt zu leisten, an erster Stelle. Viele junge Menschen arbeiten auf dem Landbesitz ihrer Eltern. Oft muss die ganze Familie hart arbeiten, die Einkommen sind gering. Die Migration wird als eine Möglichkeit zur Unabhängigkeit gesehen. Andere Gründe sind auch die prekäre Gesundheitssituation in manchen Regionen, die rustikalen Wohnzustände auf dem Land und die mangelnde Grundversorgung.⁷

DIE BEVÖLKERUNG BOLIVIENS

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die bolivianische Bevölkerung um mehr als 100 Prozent gewachsen. Ihre Zahl stieg in den Jahren 1976 bis 2001 von 4.613.419 auf 8.274.325 Einwohner. Heute schätzt man sie auf ca. zehn Millionen. Während im Jahre 1976 noch der größte Teil der Bevölkerung auf dem Land gelebt hat, wohnte 60 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2001 in Städten.

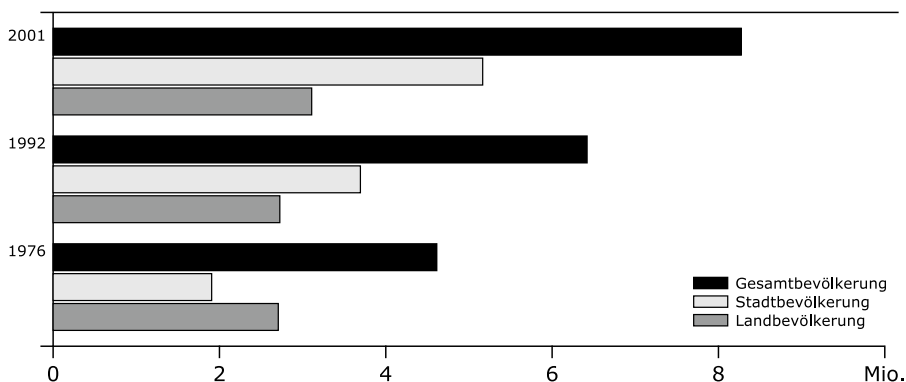
Drei Volkszählungen in den Jahren 1976, 1991 und 2001 haben die Landflucht verdeutlicht, die Bolivien in den vergangenen vier Jahrzehnten durchlebt hat. Während 1976 noch mehr als 60 Prozent der Bevölkerung auf dem Land gelebt haben, kehrte sich die Situation 1991 um: 58 Prozent der Bolivianer lebten nun in Städten. 2001 wohnten schließlich weniger als 40 Prozent der bolivianischen Bevölkerung auf dem Land. Diese Statistiken zeigen, dass der Verstädterungsprozess hauptsächlich auf interne Wanderungsflüsse zurückzuführen ist.⁸

7 | Vgl. Carmen Ledo, *Estudio sobre los patrones de migración interna e internacional en Bolivia*, Documento de Trabajo (La Paz. PNUD, 2010), 69-78.

8 | José Luis Medrano, *Características sociodemográficas de la población en Bolivia*, Víctor Mazza (Hrsg.) (La Paz: Instituto Nacional de Estadística, INE, 2003), 31-32.

Abb. 2

Stadt- und Landbevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung



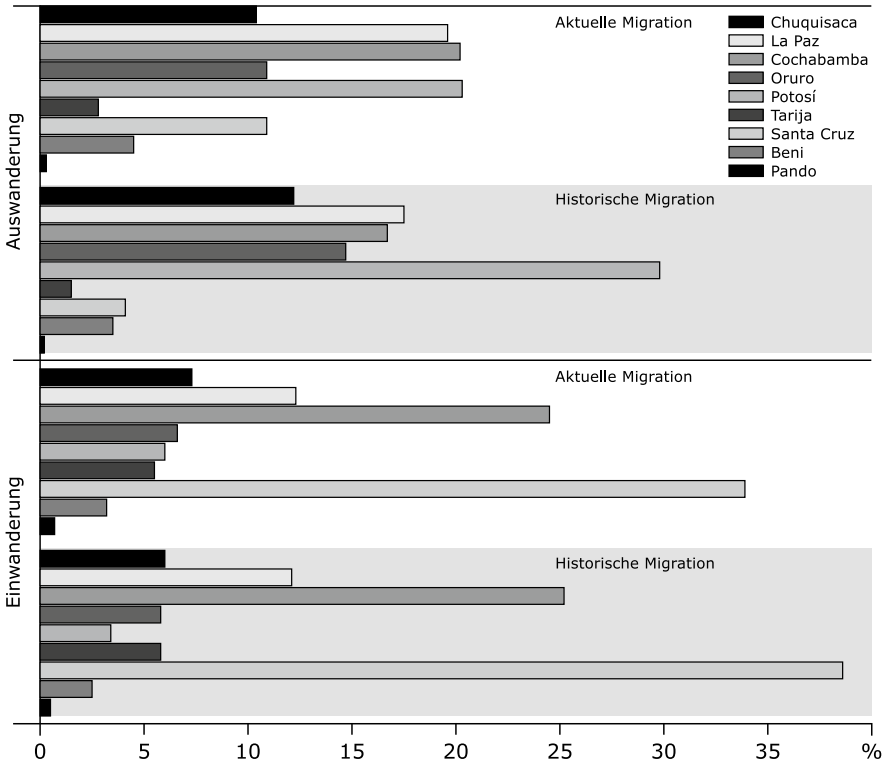
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Instituto Nacional de Estadística (INE), aus: José Luis Medrano, *Características sociodemográficas de la población en Bolivia*, Víctor Mazza (Hrsg.) (La Paz: INE, 2003), 32.

Generell wurde in den drei Volkszählungen deutlich, dass zunehmend mehr Frauen in der Stadt und mehr Männer auf dem Land lebten. 1976 übertraf die Zahl der Frauen auf dem Land noch die der Männer. Auch war zu beobachten, dass die ältere Bevölkerung eher auf dem Land lebt als in den Städten. Sowohl bei der Bevölkerung in der Stadt als auch bei der auf dem Land überwogen die 15- bis 64-Jährigen. Kinder und Jugendliche bis zu einem Alter von 14 Jahren lebten mehrheitlich in ländlichen Gebieten.⁹

BINNENMIGRATION IN BOLIVIEN

Die allgemeinen demographischen Angaben geben einen Hinweis auf die Struktur der internen Wanderungsbewegungen in Bolivien. Zum einen kann festgestellt werden, dass fast der ganze Osten des Landes, d.h. Santa Cruz und Pando (außer Beni), ein Bevölkerungswachstum aufweist. Weitere Migrationsziele sind Tarija und Cochabamba. Im Gegensatz dazu ist die Bevölkerungszahl der Departements Potosí, Oruro, Chuquisaca und La Paz rückläufig.

Abb. 3
Binnenmigration nach Departement



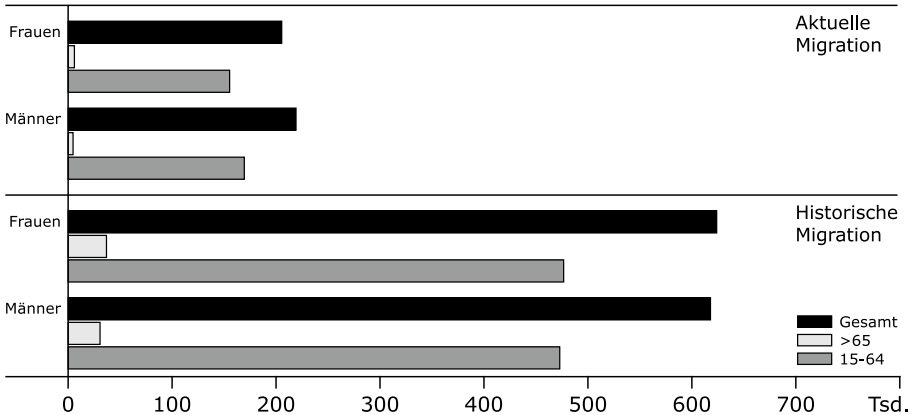
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des INE, aus: CEPAL, *Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico sociodemográfico a partir del censo del 2001* (Santiago de Chile: Vereinte Nationen, 2005), 56.

In Bolivien werden zwei Arten von Migrationsbewegungen unterschieden: historische Wanderungen (*de toda la vida*) und aktuelle Wanderungen (*reciente*). Die historische Binnenwanderung bezieht sich auf die Bevölkerung, die vor langer Zeit ihren Geburtsort verlassen hat. Ihre Ziele sind vor allem Santa Cruz, Tarija, Cochabamba und Pando. Von den 8.149.783 Einwohnern im Jahre 2001 wurden 1.241.772 Personen registriert (ca. 15 Prozent), die nicht in dem Departement lebten, in dem sie geboren waren. 1976 waren es nur neun Prozent, 1991 bereits 14 Prozent. Von den registrierten historischen Migranten im Jahre 2001 lebten 494.148 Einwohner in Santa Cruz. Sie waren hauptsächlich aus Cochabamba und Chuquisaca in das

Tieflanddepartement emigriert. Somit entwickelte sich Santa Cruz zum beliebtesten Ziel der historischen Binnenwanderung.

Abb. 4

Binnenmigration nach Geschlecht und Alter



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des INE, aus: Medrano, *Características sociodemográficas*, Fn. 8, 78.

Im Gegensatz zur historischen Binnenwanderung bezieht sich die aktuelle Binnenwanderung auf die Migrationsbewegungen, bei denen der Wohnort vor nicht mehr als fünf Jahren vor der letzten Volkszählung im Jahr 2001 verlassen worden war. 2001 waren dies 424.671 Einwohner, ungefähr sechs Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei der Volkszählung im Jahr 1976 gaben hingegen nur vier Prozent an, innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre migriert zu sein. Die beliebtesten Wanderungsziele waren Santa Cruz, Cochabamba, Tarija und Pando, wobei Santa Cruz mit 91.271 Migranten an der Spitze lag.¹⁰

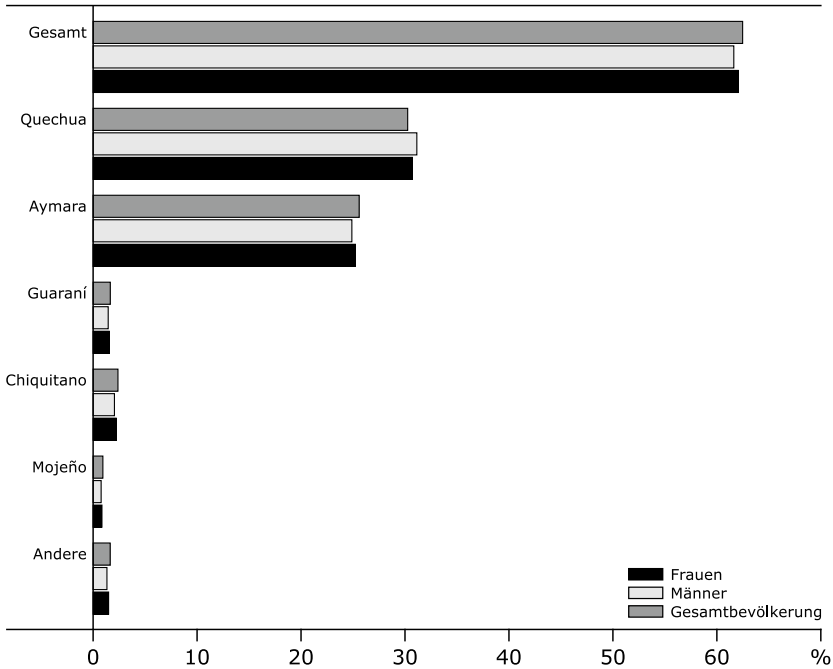
Von den 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, die im Jahre 2001 intern migrierten, waren 9,8 Prozent Indigene und 5,3 Prozent Nicht-Indigene.¹¹ Indigene wandern also auch relativ gesehen mehr als Nicht-Indigene: In der Volkszählung von 2001 wurde gefragt, welcher Ethnie man sich zugehörig fühlte: 5.064.992 Einwohner bezeichneten sich

10 | Ebd., 78-80.

11 | CEPAL, *Los pueblos indígenas de Bolivia: diagnóstico socio-demográfico a partir del censo del 2001* (Santiago de Chile: Vereinte Nationen, 2005), 56.

selbst als indigen, was rund 60 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Von diesen 60 Prozent identifizierten sich 31 Prozent als Quechuas und 25 Prozent als Aymaras.¹²

Abb. 5

Eigenidentifizierung mit einer Ethnie

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des INE, aus: Medrano, *Características sociodemográficas*, Fn. 8, 161.

In Potosí, Cochabamba und Chuquisaca bezeichneten sich mehr als 60 Prozent der Einwohner als Quechuas und in La Paz 68 Prozent als Aymaras, in Santa Cruz fünf Prozent als Guaranís und neun Prozent als Chiquitanos, während sich in Beni 13 Prozent als Mojeños identifizierten und zwölf Prozent mit anderen Ethnien wie Chimán, Maropa oder Trinitario. Der Großteil der männlichen Bevölkerung Boliviens fühlte sich einem indigenen Volk zugehörig. Bei den

12 | In Paragraph 5, Absatz 1 der bolivianischen Verfassung werden 36 Sprachen aufgezählt: Aymara, Araona, Baure, Bésiro, Canichana, Cavineño, Cayubaba, Chácobo, Chimán, Ese Ejja, Guaraní, Guarasu'we, Guarayu, Itonama, Leco, Machajuyai-Kallawayá, Machineri, Maropa, Mojeño-Trinitario, Mojeño-Ignaciano, Moré, Mosestén, Movima, Pacawara, Puquina, Quechua, Sirionó, Tacana, Tapiete, Toromona, Uru-Chipaya, Weenhayek, Yaminawa, Yuki, Yuracaré, Zamuco. Laut diesem Absatz gibt es also 36 indigene Völker in Bolivien.

Frauen überwiegt die Identifizierung mit den Quechuas. Am häufigsten bezeichneten sich die Mitglieder der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen als indigen (ca. 485.000). In allen Altersgruppen fühlten sich mehr als 55 Prozent der Bevölkerung einem indigenen Volk zugehörig. Bei den über 25-Jährigen sind es mehr als 60 Prozent und bei den über 45-Jährigen steigt die Prozentzahl auf rund 65 Prozent.¹³

Die Zahlen zeigen, dass mehr Indigene als Nicht-Indigene migrierten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren die Ziele der Binnenmigration Santa Cruz, Cochabamba und La Paz; ausgewandert wurde größtenteils aus La Paz, Potosí, Beni und Chuquisaca. Die indigene Bevölkerung emigrierte ebenfalls in die genannten Departements, verließ aber hauptsächlich La Paz, Cochabamba und Potosí. Was das Geschlecht anging, so überwog bei der historischen Migration die weibliche Bevölkerung und bei der aktuellen die männliche. Bezüglich der indigenen Bevölkerung konnten nur Daten zu der aktuellen Migration gefunden werden. Sie weisen darauf hin, dass mehr Frauen als Männer migrierten.

POLITISCHE AUSWIRKUNGEN

Die Binnenwanderungen haben zu einer Reihe von Konsequenzen geführt. Zum einen steigt die Kriminalität in den Städten, aber auch in den Gegenden, wo die Kokapflanze angebaut wird. Auch in den Vorstädten kann eine steigende Kriminalität beobachtet werden, jedoch nicht in dem alarmierenden Maße wie z.B. in Guatemala. Weitere Folgen sind Umweltverschmutzung und Verkehrsbelastungen. Darüber hinaus kann es auch zu einem kulturellen Wandel kommen, wobei es nicht nur allein um den Verlust der Traditionen geht.¹⁴ Neue Kulturen entstehen, wenn Zuwanderer ihre eigene Kultur mit der des neuen Wohnortes kombinieren. Dies tritt besonders bei den Indigenen auf, wenn sie – früher unterdrückt – in den Städten gelernt haben, sich zusammenzuschließen, um sich Gehör zu verschaffen, wobei die ethnische Identität besonders hervorgehoben wird, um sich von der weißen Mehrheit in den Städten zu unterscheiden. Da

Durch die Binnenmigration steigt die Kriminalität in den Städten, aber auch in den Gegenden, wo die Kokapflanze angebaut wird. Weitere Konsequenzen sind Umweltverschmutzung und Verkehrsbelastungen.

13 | Medrano, *Características sociodemográficas*, Fn. 8, 158.

14 | Vgl. Andersen, *Rural-Urban Migration in Bolivia*, Fn. 4, 5-9.

die Bevölkerung heute hauptsächlich in Städten wohnt, hat diese Evolution natürlich spezifische politische Auswirkungen.

Historisch hat vor allem die indigene Bevölkerung unter Diskriminierung gelitten. Von politischen Prozessen war sie lange ausgeschlossen. Nicht nur bei den Spaniern blieben die Bedürfnisse der Indigenen unbeachtet, sondern auch bei den nicht-indigenen politischen Eliten, die das Land bis zur Wahl von Präsident Morales im Jahr 2005 regiert haben. Hier sind insbesondere die Militärdiktaturen in den siebziger und achtziger Jahren zu nennen. Auch die Einführung der Ley de Participación Popular in den neunziger Jahren konnte der immer häufiger artikulierten Forderung nach Einbeziehung (Inklusion) nicht nachkommen.

In den obigen Statistiken wurde deutlich, dass die Bevölkerungsgruppe, die am meisten intern emigriert, die Indigenen sind. Aus dem Kapitel über die Gründe der Binnenwanderungen kann geschlossen werden, dass oft die ärmlichen Verhältnisse der Indigenen die Hauptgründe

Wenn die indigene Bevölkerung diejenige ist, die am meisten von der Armut betroffen ist, wird klar, warum diese Bevölkerungsgruppe einen Präsidenten gewählt hat, der sich als Vertreter der Indigenen inszeniert.

der Abwanderung sind. Dies stimmt mit den generellen Daten über die Armut in Bolivien überein: Fast 90 Prozent der Indigenen sind arm (58,6 Prozent der Bolivianer leben unter der Armutsgrenze und 62 Prozent fühlen sich einer indigenen Ethnie zugehörig).¹⁵ Wenn Armut der Grund zum Auswandern ist und die indigene Bevölkerung diejenige ist, die am meisten von der Armut betroffen ist und am häufigsten intern wandert, dann wird klar, warum gerade diese Bevölkerungsgruppe einen Präsidenten gewählt hat, der sich als Vertreter der Indigenen inszeniert. Speziell in den Departements mit mehrheitlich indigener Bevölkerung (La Paz, Potosí, Chuquisaca und Cochabamba), insbesondere Quechuas und Aymaras, hat die Partei von Evo Morales, die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS), bei den Präsidentschaftswahlen 2005 deutlich gewonnen.¹⁶ In den Departments

15 | Vgl. Rafael Loayza, *El eje del MAS*, o.O., o.J. (Manuskript einer Veröffentlichung), 3.

16 | Mit 67 Prozent in La Paz, 58 Prozent in Potosí, 65 Prozent in Cochabamba, 54 Prozent in Chuquisaca und fast 100 Prozent in Oruro. Vgl. Corte Nacional Electoral, „Resultados Departamentales 2005“, <http://www.cne.org.bo/sirenacomp/index.aspx> [05.07.2011].

mit geringerer indigener Autoidentifizierung, wie Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando, hatte die Oppositionspartei PODEMOS (Poder Democrático Social) die Oberhand.¹⁷ Der Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen des Landes bezüglich der politischen Tendenzen führte dazu, dass man den Osten die Region des „Halbmonds“ (*media luna*) nannte, um die politische Trennung zu verdeutlichen.

Die Wahl des Präsidenten Morales ist auch damit zu erklären, dass die indigene Bevölkerung sich als neue Elite nach vielen Jahren der Unterdrückung endlich repräsentiert zu sehen glaubte. Der bolivianische Soziologe Rafael Loayza¹⁸ spricht in diesem Zusammenhang von einer Sozialstruktur, bei der zuerst die Spanier die Unterdrücker gewesen seien, später dann die Nachkommen der Spanier, die mit westlichen politischen Praktiken die indigene Bevölkerung weiter in die Armut getrieben und in Vergessenheit geraten lassen hätten.

Tatsächlich spitzte sich die Lage im Jahr 2003 zu, als soziale Bewegungen den damaligen Präsidenten, Gonzalo Sánchez de Lozada, aus dem Land vertrieben, weil dessen Regierung plante, Gas über Chile nach Kalifornien zu exportieren. Nicht noch einmal sollten sich, so das Ziel dieser Bewegungen, externe Akteure in die internen Angelegenheiten Boliviens einmischen. Mit Evo Morales verschoben sich sodann die Machtverhältnisse: Mit Nationalisierungen der Kernindustrien und der wichtigsten Dienstleistungsunternehmen sowie dem Aufbau eines „plurinationalen“ Staates suchten die neuen Machthaber, auf die bisherige, von ihnen als „neoliberal“ bezeichnete Wirtschaft und als „individualistisch“ angesehene Gesellschaft zu reagieren. Andersdenkende werden von der Regierung Morales in der Tat nicht toleriert. Die zahlreichen Prozesse gegen oppositionelle Politiker und die Einschränkung der Pressefreiheit sprechen eine klare Sprache.

Die Machtverhältnisse verschoben sich mit Evo Morales. Andersdenkende werden von der Regierung nicht toleriert. Die zahlreichen Prozesse gegen oppositionelle Politiker sprechen eine klare Sprache.

Die neue indigene politische Elite sollte, so der Wille der Führung in La Paz, nicht nur gestärkt, sondern auch langfristig durch staatliche Siedlungsmaßnahmen an der Macht

17 | Mit 45 Prozent in Tarija, 42 Prozent in Santa Cruz, 46 Prozent in Beni und 45 Prozent in Pando. Vgl. ebd.

18 | Vgl. Loayza, *El eje del MAS*, Fn. 15, 3-52.

Vor den Präsidentschaftswahlen entschied die Regierung, 700 Familien der westlichen Regionen mit staatlichen Mitteln nach Pando umzusiedeln, um dort die brachliegenden Länder zu bewirtschaften.

gehalten werden. Im Dezember 2009 fanden erneut Präsidentschaftswahlen statt. Um die Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erhalten, fehlten dem MAS laut Umfragen im Vorfeld der Wahlen Stimmen, um die Senatorenposten im Departement Pando zu gewinnen. Im August des Jahres entschied die Regierung daher, 700 Familien der westlichen Regionen des Landes mit staatlichen Mitteln nach Pando umzusiedeln, um dort, so die offizielle Version, die brachliegenden Länder zu bewirtschaften. Die Opposition warf dem MAS vor, Pando mit dieser Maßnahme aus dem Oppositionsblock herausbrechen zu wollen – eine Kritik, die der MAS zurückwies. Er erklärte, zum Wählen gingen die Migranten in ihre ehemaligen Wohnorte zurück. Erst in den nachfolgenden Kommunalwahlen im April 2010 wurden die Auswirkungen der Maßnahme deutlich: Die Zahl der Wahlberechtigten stieg in Pando um 5,9 Prozent¹⁹, und somit mehr als in irgendeinem anderen Departement. Bei den Wahlen 2009²⁰ gingen noch 40.912 Bürger zur Wahl, während es im April 2010 bereits 43.351 Einwohner waren. Tatsächlich gewann der MAS 2009 mit 44,51 Prozent der Stimmen in Pando, 2010 waren es sogar 49,7 Prozent. Damit stellt die Regierungspartei den Gouverneur. Heute sind die beiden besiedelten Regionen in Pando, Bernardino Racua und Morales Ayma (letztere benannt nach dem Präsidenten), trotz der Versprechungen der Regierung, die Infrastruktur zu verbessern und Häuser zu bauen, fast in Vergessenheit geraten.

FAZIT

Migration war einer der auslösenden Faktoren, die die ethnischen Zugehörigkeiten verstärkten, da das Zusammenleben verschiedener Kulturen das Bewusstsein über unterschiedliche gesellschaftliche und politische Positionen verschärfte. Dies erklärt zum einen, warum die indigene Mehrheit gegen eine weiße politische Elite rebellierte, und

19 | „El padrón electoral creció 5,9% en Pando“, *La Razón*, <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=116045> [06.07.2011].

20 | „El voto del MAS cayó en 8 de 9 regiones“, *La Razón*, <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=1164> [06.07.2011].

zum anderen die regionalen Differenzen innerhalb Boliviens. Denn auch wenn sich die indigene Mehrheit durchsetzen konnte, stellen die Aymaras und Quechuas die Mehrheit der indigenen Bevölkerung, während andere Ethnien, besonders die aus dem Osten, weiterhin in der Minderheit bleiben und sich ausgeschlossen fühlen.

Die Suche nach besseren Lebensbedingungen innerhalb des Landes war immer schon durch Gegensätze charakterisiert: Land-Stadt, Westen-Osten, Indigene-Mestizen. Diese Unterschiede haben die indigene Identität zweifellos gestärkt und dazu geführt, dass diese Mehrheit der Bevölkerung nun selbst die Fäden der bolivianischen Politik in Händen zu halten glaubt – über einen Präsidenten, der sich als Anwalt der indigenen Interessen darzustellen versteht.

Allerdings zeigt die politische Praxis heute deutlich, dass auch die Demokratie, so wie sie derzeit umgesetzt wird, dem indigenen Verlangen nach tatsächlicher Inklusion mitnichten nachgekommen ist. Zu viele individuelle Interessen der zahlreichen gewerkschaftlichen und indigenen Organisationen sind zum Teil gegensätzlich und können von der Regierung nicht bedient werden. Zahllose Menschen fühlen sich von der politischen Willensbildung ausgeschlossen – allen voran die indigene Bevölkerung selbst. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen. Einerseits sind die Indigenen auf nationaler Ebene de facto kaum repräsentiert (so gibt es etwa nur wenige indigene Minister), andererseits werden die indigenen Interessen allenfalls rhetorisch vertreten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Gleichstellung des indigenen Rechts mit dem staatlichen Recht in der bolivianischen Verfassung. In der Praxis stellt sich heraus, dass das „Abgrenzungsrecht“ (Ley de Deslinde Jurisdiccional), das Ende Dezember 2010 verabschiedet wurde und das die Kompetenzen des einen und des anderen Rechts klären sollte, weiterhin dem staatlichen Recht den Vorzug gibt. Darüber hinaus tragen die antidemokratischen Elemente der Regierung Morales, wie die Gleichschaltung der Staatsgewalten, die Verfolgung der Oppositionsführer und der Presse, gewiss nicht dazu bei, Vertrauen in die amtierende Regierung und deren Stil zu schaffen.